



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	5
Pressemitteilungen der Landtagsabgeordneten des KV Bautzen.....	5
AfD kommt im MDR am seltensten vor.....	5
Keine Normalität und Perspektive in Aussicht	5
China-Masken? Sächsische Regierung sollte in Sachsen einkaufen!	6
Sofort Hilfe für die Meinungsvielfalt	7
Termine – Kreisverband Bautzen.....	8
Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag	8
Bewerbung Listenkandidat zur Bundestagswahl	8
Webseite Karsten Hilse, MdB	8
Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag 9	
Die Bundestagswahl kann kommen .. Wir werden gute Volksvertreter nach Berlin schicken! ...	9
AfD-Bewerberaufstellung in Sachsen: Debakel für Meuthen-Anhänger und das Comeback von Ulrich Oehme	10
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 7.2.2021	10
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 6./7.2.2021	12
Nur 52 Abschiebungen bei 1176 ausländischen Intensivtätern.....	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.2.2021	13
Peinliche Doppelmoral gegenüber Russland.....	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.2.2021	14
Dual-Fluid-Reaktor: Deutsche Erfinder werden nach Kanada vertrieben	14
PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.2.2021	14
Lockdown in Endlosschleife	14
Neues von der Alternative für Deutschland	15
PRESSEMITTEILUNGEN vom 8.2.2021	15



Deutschland darf nicht Albanien des Internets bleiben	15
PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.2.2021	16
Jeder zweite Islamisten-Attentäter ist „Flüchtling“!.....	16
Merkels ‚Lockdown forever‘-Haltung ist ein Offenbarungseid für unsere Demokratie.....	16
Reine Willkür: Plötzlich soll der Lockdown wegen des R-Werts weitergehen!.....	17
PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.2.2021	18
„Frau von der Leyen, Ihre Unfähigkeit kostet Menschenleben!“	18
PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.2.2021	18
Ergebnis der Kugelrunde: Rechtsbrüche, Inkompetenz und Ignoranz!	18
Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	19
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 6./7.2.2021	19
Immer mehr psychische Erkrankungen bei Soldaten nach Auslandseinsätzen.....	19
Maas degradiert Diplomaten zu Polit-Aktivisten.....	19
Genitalverstümmelung an Frauen und Mädchen konsequent bestrafen	20
PRESSEMITTEILUNGEN vom 8.2.2021	21
Bundesregierung muss Fahrplan für einen Ausstieg aus dem Lockdown vorlegen.....	21
Lockdown beenden statt Impfstoffe verschwenden	21
Islamisten bringen den Terror nach Europa.....	22
Bombenexplosion in Berlin – Mutmaßlicher Täter arbeitete für „Demokratie leben!“	23
Das Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt betreibt linksgrüne Ideologie, keine objektive Wissenschaft.....	23
Forscher dürfen nicht die Handlanger der Politik sein.....	24
PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.2.2021	25
Bundesregierung verweigert mit unsäglichen Ausreden Verzicht auf einen Teil ihrer Bezüge	25
Corona-Gipfel müssen öffentlich und unter Beteiligung des Parlaments stattfinden	25
AfD-Bundestagsfraktion fordert Obduktion aller nach Corona-Impfung Verstorbener	26
Wir brauchen keine Ministerpräsidenten, die sich wie Hofschranzen aufführen.....	27
Lauterbach, heute so, morgen so	27
Insektenschutzgesetz muss gestoppt werden	28
PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.2.2021	28
Erneute Verlängerung des Lockdowns ist fatal.....	28
PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.2.2021	29
Aktivitäten der Bundesregierung kollidieren immer häufiger mit der Justiz	29
Maut-Untersuchungsausschuss verfehlt seine Aufgabe	30
Die Schulen brauchen eine Perspektive – Ergebnis des Bund-Ländergipfels enttäuschend...31	31



Deal zwischen Spahn und Google gestoppt – Sieg für die Pressefreiheit.....	31
Deutschland betreibt eine Schuldenpolitik wie Italien, Griechenland & Co.....	32
Vernünftiges Handeln statt bürokratischer Stufenpläne	32
Bundesregierung verpulvert 115 Millionen Euro für Werbemaßnahmen	33
PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.2.2021	34
Lieferkettengesetz ist Todesurteil für die deutsche Wirtschaft	34
Video-Empfehlungen	35
Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag	35
Timo Schreyer: Friseure, Kosmetiker und Nagelstudios unter Pandemiebedingungen wiedereröffnen!	35
Frank Peschel: Arbeitsplätze werden für Lockdown geopfert!	35
Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	35
Karsten Hilse 11.2.2021 - Neutrale Wissenschaft.....	35
Kanal von AfD Kompakt TV	35
Wochenendpodcast der AfD.....	35
AfD im EU-Parlament.....	35
Meldungen aus Deutschland und der Welt	36
Gemischtes aus Deutschland und der Welt	36
Große Einigkeit in Sachsen: Regierungskoalition beschließt Gehaltserhöhung für die Abgeordneten.....	36
Gauland will wieder für den Bundestag kandidieren	36
Beweise häufen sich, dass der Angriff auf das Kapitol vorgeplant war	36
Biden entsendet Bomber nach Norwegen – mit klarer Botschaft an Putin	36
Diesel statt E-Mobilität: Winterkälte legt Berliner E-Busse lahm	36
Informationen zum Coronavirus	36
Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard	36
Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard	36
Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhaus-Standorte Deutschlands	36
Hessen: Corona-Ausbruch in Seniorenheim 16 Tage nach Erstimpfung entdeckt	36
Merkel dringt auf Shutdown-Verlängerung bis Anfang März	36
Kanzleramt will Lockdown bis 14. März verlängern - was die Beschlussvorlage verrät.....	37
Bund-Länder-Treffen: Diese 15 Punkte bestimmen, wie wir den nächsten Monat leben.....	37
Corona-Gipfel: Grundrechte sind nur noch Firlefanz.....	37
Corona-Infos für Sachsen	37



Sächsische Corona-Schutz-Verordnung.....	37
Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen	37
Corona-Statistik Landkreis Bautzen	37
Sachsen will Maskenpflicht im Auto.....	37
Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“.....	37
Unbekannte klingeln und prügeln Seniorin (†83) tot	37
„Seehofers Afghanen“ kehren nach Deutschland zurück	37
Fakten in Bildern	38
Achtung Satire!	38
Kommunalmandate im KV Bautzen	39
PRESSE-ARCHIV.....	39
SPENDENKONTO.....	39
KONTAKT:.....	39



Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Pressemitteilungen der Landtagsabgeordneten des KV Bautzen

AfD kommt im MDR am seltensten vor

Vertreter der AfD erhielten in Interviews beim MDR-Sachsenspiegel am wenigsten Sendezeit, obwohl die Partei mit 27,5 Prozent zweitstärkste Kraft in Sachsen ist.

Eine Auswertung der Sendezeit-Verteilung in Sekunden vom Januar ergab: CDU 53,4 Prozent, SPD 34,2 Prozent, Grüne 4,8 Prozent, Linke 4,3 Prozent und AfD 3,3 Prozent.

Frank Peschel, AfD-Landtagsabgeordneter, erklärt:

„Bei mir beschwerten sich schon seit langem die Bürger, warum der MDR nicht neutral berichtet und die AfD gezielt benachteiligt. Deshalb habe ich eine Auswertung vorgenommen, welche die einseitige Berichterstattung nun schwarz auf weiß belegt. Diese verzerrte Darstellung der öffentlichen Meinung muss endlich aufhören.“

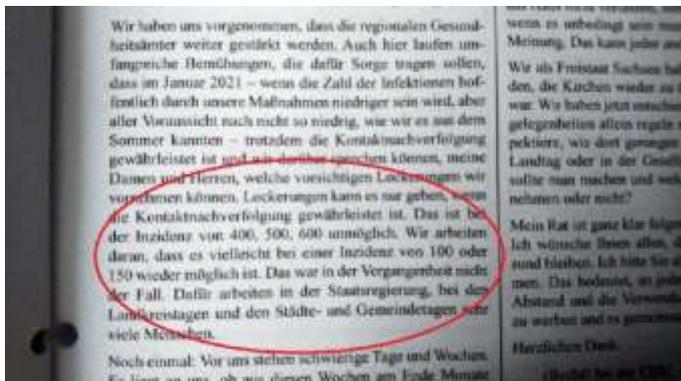
Ich erwarte von einem öffentlich-rechtlichen Sender, der mit den Zwangsgebühren aller Bürger finanziert wird, neutrale und ausgewogene Nachrichtensendungen. Natürlich müssen Vertreter der Regierung regelmäßig zu ihren Entscheidungen befragt werden. Aber die zweitstärkste Kraft und größte Oppositionspartei in Sachsen kann nicht an letzter Stelle im Vergleich rangieren.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-kommt-im-mdr-am-seltensten-vor/>

Keine Normalität und Perspektive in Aussicht

Die aktuell geltenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie werden bis zum 7. März 2021 verlängert.

Dazu erklärt Frank Peschel, AfD-Landtagsabgeordneter:



„Die Kritik an den Corona-Maßnahmen der Staatsregierung steigert sich täglich und das zu Recht. Ich erinnere an die Worte von Ministerpräsident Kretschmer vom 16.12.2020 im Sächsischen Landtag. Da stellte er Lockerungen bei einem Inzidenzwert von 100 oder 150 in Aussicht.“

Die Werte sind in Sachsen erreicht und trotzdem werden die Maßnahmen verlängert. Der wirtschaftliche Schaden

durch den zweiten erzwungenen Lockdown ist nicht nur für den Einzelhandel immens, sondern auch zerstörerisch. Die Verantwortung dafür trägt ganz allein die Staatsregierung, die im Kampf gegen das Corona-Virus offenbar den Verlust von Arbeitsplätzen als akzeptablen Kollateralschaden hinnimmt. Der staatliche Eingriff verwandelte gesunde in notleidende



Unternehmen!

Aleine 2020 verlor der sächsische Einzelhandel rund 1,7 Milliarden Euro an Umsatz.

Der ab diesem Monat mögliche Bestell- und Abholservice „Click & Collect“ wird den Einzelhandel nicht retten. Der stationäre Handel, Kunst- und Kulturbereich in der Oberlausitz, aber auch in ganz Sachsen, brauchen sofort eine wirtschaftliche Perspektive.

2021 werden zahlreiche stationäre Händler Insolvenz anmelden. Und viele der 120.000 Beschäftigten im Handel werden keinen neuen Job finden.

Das Gesicht unserer Innenstädte wird sich verändern, wie es einige Insolvenzen bereits andeuten.

Um zu erhalten was noch zu erhalten ist, soll der gesamte Handel, Fahrschulen, Kunst- und Kulturbetriebe unter Einhaltung von Hygienevorschriften sofort wieder öffnen.

Wir brauchen schnellstens wieder gesunde Unternehmen die Gewinne erwirtschaften und Steuern zahlen. Überbrückungshilfen und Fördermittel in Milliardenhöhe sind keine dauerhaften Lösungen, sondern eine sehr teure Hypothek für die Zukunft.“

China-Masken? Sächsische Regierung sollte in Sachsen einkaufen!

Umfangreiche Recherchen der Sächsischen Zeitung (SZ) haben ergeben, dass im Freistaat die Polizei überwiegend chinesische FFP2-Masken trägt. Ähnlich sei die Situation in Pflegeheimen und bei Lehrern. Derweil bekamen sächsische Hersteller „bislang keine Großaufträge“ von der Landesregierung und gingen ebenso bei den Förderprogrammen des Bundes leer aus, obwohl FFP2-Masken aus Sachsen „längst massenweise vom Band laufen und das zu wettbewerbsfähigen Preisen“, so die SZ.



Dazu erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Frank Peschel:

„Die Einkaufspolitik der Staatsregierung ist ein einziges Debakel. Wir haben glücklicherweise Unternehmen im Freistaat Sachsen, die in der Lage waren, innerhalb kürzester Zeit mit großen Investitionen eine voll automatisierte Maskenfertigung auf die Beine zu stellen. Die Produkte sind deutlich besser als die Massenware aus China. Doch statt die Unternehmen für ihre Flexibilität und Innovationskraft zu belohnen, gibt es von der CDU-geführten Regierung nur einen warmen Händedruck.

Seit einem Dreivierteljahr weisen wir regelmäßig darauf hin, dass mehr systemrelevante Produkte wie medizinische Schutzausrüstung in Sachsen hergestellt werden müssen. Passiert ist seitens der Regierung jedoch nichts. Die Unternehmen haben indes diese Notwendigkeit sehr schnell erkannt und in den vergangenen Monaten unter widrigen Bedingungen Großartiges geleistet.

Es hakt somit lediglich am Willen der Regierung, unsere Textilindustrie für ihren Tatendrang zu belohnen. Als absolutes Minimum erwarte ich, dass der Freistaat zukünftig seinen Bedarf an Schutzausrüstung durch Einkäufe in Sachsen abdeckt.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/china-masken-saechsische-regierung-sollte-in-sachsen-einkaufen/>



Sofort Hilfe für die Meinungsvielfalt

Die Anzeigenverlage, gerade im ländlichen Raum, sind von den Corona-Maßnahmen sehr stark betroffen. Die Umsätze sanken in den letzten Monaten. Nun wandten sich die Verlage an die Staatsregierung, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen.

Frank Peschel, AfD-Landtagsabgeordneter und Inhaber eines Verlages in Bautzen kommentiert:

„Die Auflagen der Tageszeitungen sind seit Jahren, nicht nur in Sachsen, stark rückläufig. Neben den Onlineangeboten leisten gerade im ländlichen Raum die Anzeigenverlage einen wertvollen Beitrag zur Meinungsvielfalt und Pressefreiheit. Im Grundgesetz wird die Meinungsfreiheit garantiert, doch durch die staatlichen Corona-Maßnahmen wird den Anzeigenverlagen die wirtschaftliche Basis genommen und dem Bürger die Meinungsvielfalt eingeschränkt.

Den sächsischen Anzeigenverlagen fehlen die Einnahmen aus Werbeanzeigen und Prospektverteilungen.

Je länger der Lockdown anhält, desto größer die Gefahr, dass Verlage ihre Tätigkeit einstellen werden. Die Folgen wären Arbeitslosigkeit für Angestellte, hunderte Zusteller und zahlreiche Redakteure sowie Verringerung der Medienvielfalt und eine weitere Monopolisierung der Zeitungszustellung durch die Tageszeitungen.

Bislang gab es offenbar keinerlei erfolgreiche Gespräche zwischen der Staatsregierung und den sächsischen Verlagen. Die derzeitigen Hilfsprogramme auf Landes- oder Bundesebene greifen nicht, weil die Druck- und Verteilkosten der Anzeigenblattverlage konstant sind, während die Verkaufserlöse bis zu 40 Prozent eingebrochen sind.

Daher sollten die Druck- und Verteilkosten als förderfähige Fixkosten berücksichtigt werden können.

Um schnellstens Lösungen für die notleidenden Verlage zu bekommen, soll der Freistaat das Hilfsprogramm „Corona-Härtefälle Kultur“ um den Bereich Medien/ Verlage erweitern.“



Termine – Kreisverband Bautzen

Di	16.02.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	17.02.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Hoyerswerda Friedrichsstr. 9 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	18.02.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	03.03.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Straße 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Jörg Urban, Landesvorsitzender der AfD Sachsen

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>

Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag

Bewerbung Listenkandidat zur Bundestagswahl

Am 06.02.2021 wurde ich in Dresden auf Platz 4 der Landesliste Sachsen zur Bundestagswahl 2021 gewählt. Ich bedanke mich bei Allen, die mich gewählt haben, für das entgegengebrachte Vertrauen.

Hier meine Bewerbungsrede:

<https://www.youtube.com/watch?v=dHosC9-LiL4>

Webseite Karsten Hilse, MdB

Die Internetseite unseres Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse ist online.

Unter www.karstenhilse.de können Sie sich immer über ihn und seine Arbeit informieren.



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Die Bundestagswahl kann kommen .. Wir werden gute Volksvertreter nach Berlin schicken!

Liebe Freunde, liebe Parteimitglieder,

ich freue mich, dass wir zusammen unsere Listenaufstellung für die Bundestagswahl so diszipliniert über die Bühne gebracht haben, trotz aller Unbequemlichkeiten aufgrund der Hygiene-Auflagen.

Die Diskussion von Meinungsverschiedenheiten gehörte dabei wie immer zur basisdemokratischen Kultur unserer Partei. Das unterscheidet uns von der CDU, in der meist nur noch Vorgaben von oben abgenickt werden können.



Natürlich versuchen die Medien erneut den Eindruck zu vermitteln, am Wochenende hätte es angeblich einen „Rechtsruck“ der AfD gegeben. Dieses „Framing“ bemühen Journalisten allerdings schon seit unserer Parteigründung. Daran wird deutlich, dass dieser Vorwurf eher den Wunschträumen der überwiegend linken Medienvertreter entspricht, als der Realität.

Hier und heute ist die AfD der energischste Verteidiger der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Während viele Journalisten zu den drastischen Grundrechtseinschränkungen der Regierungsparteien Beifall klatschen, sind Meinungs- und Berufsfreiheit für uns nicht verhandelbar. Dass man für diese klare Positionierung, schnell als „rechtsextrem“ abgestempelt wird, erleben derzeit deutschlandweit zehntausende Demonstranten, die ihre verfassungsgemäßen Grundrechte einfordern. Wir weisen diese Diffamierungen zurück und unterstützen die legitimen Forderungen dieser Bürger.

Folgende Kandidaten wurden gewählt:

Platz 1	Tino Chrupalla	KV Görlitz	Direktkandidat WK 157 Görlitz
Platz 2	Jens Maier	KV Dresden	Direktkandidat WK 159 Dresden I
Platz 3	Siegbert Drossa	KV Leipzig	Direktkandidat WK 152 Leipzig I
Platz 4	Karsten Hüse	KV Bautzen	Direktkandidat WK 156 Bautzen I
Platz 5	Andreas Harfall	KV Dresden	Direktkandidat WK 160 Dresden II Bautzen II
Platz 6	Steffen Janich	KV SOE	Direktkandidat WK 158 SOE
Platz 7	Barbara Lenk	KV Meißen	Direktkandidatin WK 155 Meißen
Platz 8	Ulrich Dehme	KV Chemnitz	
Platz 9	Christoph Neumann	KV Leipzig	Direktkandidat WK 153 Leipzig II
Platz 10	Christian Wesemann	KV Mittelsachsen	
Platz 11	Frank Trenkler	KV Dresden	
Platz 12	Martin Braukmann	KV Dresden	
Platz 13	Thomas Dietz	KV Erzgebirge	Direktkandidat WK 164 Erzgebirge I
Platz 14	Mike Moncssek	KV Mittelsachsen	Direktkandidat WK 163 Chemnitzer Umland/Erzgebirge
Platz 15	René Bochmann	KV Nordsachsen	Direktkandidat WK 161 Nordsachsen
Platz 16	Edgar Naujok	KV Landkreis Leipzig	Direktkandidat WK 154 Landkreis Leipzig
Platz 17	Holger Zielinski	KV Mittelsachsen	
Platz 18	Nico Köhler	KV Chemnitz	
Platz 19	Holger Prada	KV Bautzen	
Platz 20	Dirk Erdhardt	KV Zwickau	

Bei einer parteiinternen Listenaufstellung gibt es naturgemäß nicht nur Gewinner. Für alle Parteimitglieder, die dieses Mal nicht erfolgreich waren, werden sich neue Chancen ergeben. Die AfD ist die erfolgreichste deutsche Partei-Neugründung.

Auch in Zukunft werden engagierte Mitstreiter auf allen Ebenen gebraucht. Auch außerhalb des Bundestages gibt es Aufgaben zu meistern, für die wir engagierte



Parteimitglieder brauchen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.

Die AfD Sachsen startet nun mit guten Direkt- und Listenkandidaten in den Bundestagswahlkampf. Wir sind der erfolgreichste AfD-Landesverband. Wir sind Vorbild und Ansporn für AfD-Mitglieder und Sympathisanten in ganz Deutschland.

Deshalb liegt auf uns auch eine ganz besondere Verantwortung, der wir gerecht werden müssen.

„Jede Partei ist für das Volk da und nicht für sich selbst“, sagte Konrad Adenauer. So sehe ich es auch.

Jörg Urban

Landesvorsitzender

<https://www.facebook.com/joerg.urban.mdl/photos/a.1176153292476566/3773070389451497/>

AfD-Bewerberaufstellung in Sachsen: Debakel für Meuthen-Anhänger und das Comeback von Ulrich Oehme

<https://www.chemnitz24.info/2021/02/afd-bewerberaufstellung-in-sachsen-debakel-fuer-meuthen-anhaenger-und-das-comeback-von-ulrich-oehme/>

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 7.2.2021

Liebe Freunde, liebe Leser,

am Donnerstag ist in der Sächsischen Zeitung eine kleine Sensation geschehen. Auf fast einer ganzen Seite erschien im Feuilleton ein Beitrag mit dem Titel „Schluss mit der Kontaktschuld“.

Der langjährige sächsische Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Michael Beleites, darf darin die Beschneidung der Meinungsfreiheit und den „Eifer bei der Diffamierung“ kritischer Bürger beklagen.

Das Hauptinstrument derjenigen, die das Sagbare einschränken wollen, um die Deutungshoheit zu erlangen, ist in der Tat die „Kontaktschuld-Logik“.

Sie beinhaltet zwei Schritte: Als erstes werden einzelne Oppositionelle gebrandmarkt. Danach wird all jenen, die mit diesen Menschen Kontakt haben, ebenfalls eine extremistische Gesinnung andgedichtet.

Das ist in doppelter Hinsicht perfide. Zum einen darf es in einer Demokratie keine Kriminalisierung





von Meinungen geben. Die rote Linie muss vielmehr dort verlaufen, wo Straftaten beginnen. Zum anderen ist es denunziatorisch, Menschen an den Pranger zu stellen, nur weil sie sich mit anderen unterhalten haben oder eine bestimmte Veranstaltung besucht haben, auf der zufällig auch Person X anwesend war.

Besonders entsetzlich ist die Kontaktschuld-Logik, wenn dadurch auch Familienmitglieder ins Visier geraten und im schlimmsten Fall Opfer von politisch motivierten Anschlägen werden. So erging es im November z.B. der Frau unseres Landtagsabgeordneten Hans-Jürgen Zickler.

Ihr Kiosk in der Dresdner Neustadt wurde mit zwei Ziegelsteinen schwer beschädigt, nachdem wenige Tage zuvor in der Sächsischen Zeitung ein irreführender und fehlerhafter Artikel über ihren Mann erschienen war.

Aufgrund solcher inakzeptablen Vorkommnisse müssen wir über die Akteure der Kontaktschuld-Logik sprechen: Es handelt sich hierbei um eine Gruppe aus anonymen Denunzianten im Internet, Journalisten, dem sogenannten „Verfassungsschutz“ und Politikern wie dem Ost-Beauftragten der Bundesregierung Marco Wanderwitz (CDU).

Das Spiel, das sie betreiben, läuft meist ähnlich ab: Sie picken sich einen Oppositionellen heraus. Diesen nutzen sie als Zielscheibe, den sie mit Schmutz bewerfen. Dann beginnt das Zitierkarussell. Das heißt: Zunächst kursieren auf Twitter böswillige Anschuldigungen von Antifa-Aktivisten.

Politiker wie Wanderwitz, der einen sächsischen AfD-Bundestagsabgeordneten als „reinrassigen Nazi“ beleidigte, machen diese bodenlosen Unterstellungen dann salonfähig. Journalisten berichten schließlich, was Wanderwitz zu sagen hatte, und weil das nun überall steht, wird der Eindruck erweckt, es müsse sich ja deshalb um die Wahrheit handeln.

Was an diesem Punkt noch fehlt, ist die amtliche Bestätigung des „Verfassungsschutz“, der wie ein Regierungsschutz agiert. Doch weil dieser ebenfalls sammelt, was von angeblichen „Experten“ an Anschuldigungen verbreitet wird, steht das Ergebnis von vornherein fest: Schuldig ohne Vorliegen tatsächlicher Beweise!

Als wäre eine solche Vorgehensweise für einen Rechtsstaat nicht schon bedenklich genug, folgt eine an das Mittelalter erinnernde Kollektivhaftung. Jeder, der mit einem angeblich „erwiesenen“ Extremisten gemeinsam gesehen wird, muss auch mit Repressalien wie einer staatlichen Durchleuchtung rechnen. Und wer wiederum auf diese Weise zum „Verdachtsfall“ wird, ist automatisch noch schärferen Angriffen der Medien ausgesetzt.

Die Akteure der Kontaktschuld-Logik bauen also darauf, dass sich ihre Vorwürfe zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung entwickeln. Schweren Schaden nimmt dabei die Meinungsfreiheit. Denn sie ist nur gegeben, wenn ich mich frei äußern kann, ohne eine soziale Isolation oder berufliche Nachteile befürchten zu müssen.

Von diesem Ideal sind wir jedoch weit entfernt. Die AfD wird daher nicht nur juristisch gegen den „Verfassungsschutz“ vorgehen. Wir werden auch unablässig für eine freie Gesellschaft eintreten, in der jeder mit jedem reden kann.



Wer diese Selbstverständlichkeit in Frage stellt, spaltet die Gesellschaft und durchschneidet das Band, das unsere Demokratie zusammenhält. Es ist nicht notwendig, mit jedem immer einer Meinung zu sein. Aber es ist notwendig, jedem zuzugestehen, sie bedenkenlos äußern zu können.

Bis nächsten Sonntag,

Ihr Jörg Urban

PS: In der AfD gibt es keine Extremisten. Wir sind als Rechtsstaatspartei die Verteidiger der freiheitlichen Demokratie. Wer das anders sieht, ist bei uns fehl am Platz.

<https://www.facebook.com/joerg.urban.mdl/photos/a.922706534487911/3768779996547203/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 6./7.2.2021

Nur 52 Abschiebungen bei 1176 ausländischen Intensivtätern

In **#Sachsen** leben aktuell 1.176 „Schutzsuchende“, die als sogenannte „Mehrfach Intensivtäter Asylbewerber“ (MITA) eingeordnet werden. In dieser Personengruppe sind Kriminelle, die innerhalb eines Jahres mindestens fünf Straftaten oder zwei Verbrechen verübt haben.



Laut Anfrage der **#AfD**-Fraktion (7/5070) haben die Intensiv-Täter allein in den letzten drei Monaten 16 Sexualdelikte, 220 Rohheitsdelikte wie schwere Körperverletzung, 333 Diebstähle und eine Straftat gegen das Leben begangen.

Dieser unhaltbare Zustand wirft natürlich Fragen auf: Wie kann es sein, dass angeblich Verfolgte sich derart übel in ihrem Gastland aufführen? Und warum lässt die Regierung diesen offensichtlichen Asylmissbrauch zu und schützt ihre Bürger nicht?

Zumal unsere Anfrage ergab, nur 264 der Intensiv-Täter sitzen derzeit in Haft und nur 136 sind zur Festnahme ausgeschrieben. Das heißt, allein 776 treiben weiter in Sachsen ihr Unwesen und versetzen die Bürger in Angst und Schrecken. Und im gesamten letzten Jahr sind gerade einmal 52 MITAs in ihre Heimat abgeschoben worden.

„Ich fordere CDU-Ministerpräsident **#Kretschmer** auf, diesem Treiben endlich ein Ende zu bereiten. Bei diesen Straftätern muss das Asylverfahren sofort beendet und die Rückführung angeordnet werden“, erklärt der innenpolitische Sprecher der AfD, Sebastian Wippel. „Ein weiteres unentschlossenes Zögern der Regierung wird das Ansehen von Rechtsstaat und Demokratie bei vielen Bürgern schwer beschädigen.“

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/3704174756318682/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.2.2021

Peinliche Doppelmoral gegenüber Russland

Ein deutscher Diplomat hatte in Russland an einer nicht genehmigten Demonstration teilgenommen und wurde deshalb ausgewiesen. Diese durchaus nachvollziehbare Reaktion wird nun aber von der Bundesregierung genutzt, um aus Vergeltung ebenfalls einen russischen Diplomaten auszuweisen.



Wir fragen uns: Warum heizt die deutsche Regierung die Eskalationsspirale weiter an? Über die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards bei der Verurteilung des Oppositionspolitikers Nawalny kann man sicher diskutieren. Warum gelten dann aber diese sehr hohen Ansprüche ausschließlich gegenüber Russland und nicht gegenüber allen anderen Staaten auch?

Wenn in autoritären Regimen wie China oder Saudi-Arabien Regierungskritiker inhaftiert oder sogar hingerichtet werden, ist kein Wort aus dem Kanzleramt zu hören. Selbst der Genozid der Chinesen an den Uiguren veranlasst Deutschland nicht, seine Diplomaten abzuziehen. Im salafistischen Saudi-Arabien werden Ehebrecher geköpft – keine Reaktion aus Berlin.

Die Doppelmoral ist nur durch den starken Einfluss transatlantischer Kräfte auf die deutsche Politik- und Medienlandschaft zu erklären. Die USA haben aufgrund ihrer geostrategischen Interessen Russland zum „Haupttrivalen“ erklärt. Wie die Russland-Sanktionen zeigen, wirkt sich das auch negativ auf das Verhältnis von Russland und Europa aus.

„Für ein gutes Verhältnis zu Russland wird sich die sächsische AfD indes weiter einsetzen“, erklärt der sächsische AfD-Vizevorsitzende, Dr. Joachim Keiler. „Statt ständig neue Anlässe für eine Eskalation der Beziehungen zu suchen, sollten sowohl der Bund als auch das Land Sachsen einen respektvollen Umgang miteinander kultivieren. Für die sächsische Wirtschaft ist Russland ein wichtiger Partner. Ein konstruktiver Austausch ist daher eminent wichtig.“

<https://www.facebook.com/AfD.Sachsen/photos/a.322068014589056/3444691732326653/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.2.2021

Dual-Fluid-Reaktor: Deutsche Erfinder werden nach Kanada vertrieben

Die deutschen Erfinder des Dual-Fluid-Kernreaktors werden mit ihrem Unternehmen nach Kanada auswandern. Auf der Firmenwebsite heißt es zur Begründung, dass die kanadische Regierung



Kernkraft als Zukunftstechnologie schätze. Der Förderung kleiner modularer Reaktoren stehe in dem nordamerikanischen Land nichts mehr im Wege.

In ihrer Heimat sahen die Entwickler der bahnbrechenden Energieerzeugung offensichtlich keine Chance mehr. Obwohl der neue Reaktor sogar radioaktive Rückstände zu Energie verarbeiten kann, bleibt es bei den ideologischen Vorurteilen gegenüber der Kernkraft in Deutschland.

„Die AfD wird sich weiter dafür einsetzen, dass die Kernforschung in Sachsen wieder aufgenommen wird“, erklärt der energiepolitische Sprecher der Fraktion, Jan Zwerg.

„Kernkraftwerke haben das Potential, umweltfreundlich und preiswert Strom zu erzeugen. Da es keine bezahlbaren Speicher gibt, ist die Energiewende auf der Basis von Sonne und Wind zum Scheitern verurteilt. Wir müssen uns daher darum bemühen, innovative Unternehmen wie Dual Fluid in Deutschland zu halten und sie mit eigenen Forschungsanstrengungen und besseren Rahmenbedingungen zu unterstützen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/dual-fluid-reaktor-deutsche-erfinder-werden-nach-kanada-vertrieben/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.2.2021

Lockdown in Endlosschleife

Zur Verlängerung des Lockdowns erklärt der sächsische **#AfD**-Fraktionsvorsitzende, Jörg Urban:

„Den **#Lockdown** in einer Endlosschleife fortzuführen, ist das Gegenteil einer vernünftigen Politik. Völlig willkürlich wird ständig der Maßstab für die Corona-Verbote verschoben. Warum orientiert sich die Regierung auf einmal an einem 7-Tage-Wert von 35 positiv Getesteten auf 100.000 Einwohner, während vorher die 50 als Ziel ausgegeben wurde?

De facto wurden damit die Verbote erneut verschärft, statt eine Perspektive für Lockerungen zu geben. Besonders problematisch daran ist, dass dies ohne eine stichhaltige wissenschaftliche Begründung geschieht.

Wir können daher den Frust der Einzelhändler, Gastronomen, Sportvereine und von allen anderen von Betätigungsverboten Betroffenen sehr gut nachvollziehen. Wer Verdienstauffälle aufgrund von





Regierungseingriffen hat, muss diese eigentlich komplett ersetzt bekommen. Dazu fordere ich die Regierung hiermit auf. Unterstützen Sie endlich diejenigen vollumfänglich, denen Sie das Arbeiten verboten haben!

Zusätzlich zu unseren parlamentarischen Initiativen haben wir aktuell ein Eilverfahren vor dem Sächsischen Verfassungsgerichtshof auf den Weg gebracht, damit die Einschränkung der Berufsfreiheit und anderer Grundrechte schnell beendet wird.“

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/3718969628172528>

/



Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN vom 8.2.2021

Deutschland darf nicht Albanien des Internets bleiben

Kupfer abwracken – Vorfahrt für Glasfaserförderung:

Professor Martin Schell, Leiter des Fraunhofer-Institutes für Nachrichtentechnik, bezeichnete Deutschland in einem Interview mit der Rhein-Zeitung am 5. Februar 2021 als „Albanien des Internets“. Aus Profitinteresse sei zu lange an veralteten Kupferleitungen festgehalten worden. Öffentliche Fördermaßnahmen sollten laut Schell ausschließlich nur noch dem Glasfaserausbau zu Gute kommen.

Dazu erklärt Joachim Paul, Mitglied des Bundesvorstandes:

„Deutschland ist ein Glasfaser-Entwicklungsland. Im Jahr 2020 lag der Anteil der FTTH-Anschlüsse, also Glasfaser bis ins Haus, bundesweit nur bei etwa vier Prozent. Das liegt weit unter dem OECD-Durchschnitt von 28 Prozent und sogar noch deutlich unter dem Niveau so mancher Schwellenländer. Auch der Ausbau geht nur schleppend voran. Schuld daran sind langwierige und zu komplizierte Förderprozesse auf Bundes- und Landesebene sowie ein Festhalten an veralteter Infrastruktur.

Statt sich auf den Ausbau reiner Glasfaser in Form des FTTB zu konzentrieren, wird auf das hybride HFC-Netz gesetzt – also die Kombination von Glasfaser und TV-Kabeln. HFC-Netze sind aber reinen Glasfasernetzen, allen Beteuerungen des Gegenteils zum Trotz, deutlich unterlegen. Zukunft hat nur ein reines Glasfasernetz. Nur mit Glasfaser wird Deutschland ein konkurrenzfähiger Industriestandort bleiben.“



Paul weiter: „In Rheinland-Pfalz forderte die AfD bereits im Jahr 2019 ein landeseigenes Programm zur privaten Nachfrageförderung. Eine ‚Abwrackprämie für Kupfer‘, in Form eines Gutscheins, sollte Haushalten zur Verfügung gestellt werden, die sich für ein privatwirtschaftliches Upgrade zur Glasfaser entscheiden. Ein solcher Fördermechanismus könnte den Glasfaserausbau auch auf Bundesebene schneller und effizienter vorantreiben. Gutscheine sind eine effiziente, ökonomisch sinnvolle und rechtlich zulässige Methode zur Nachfrageförderung und sollten entsprechend angeboten werden. Ganz grundsätzlich sollten Steuergelder im Bereich der Digitalisierung nur noch für die Glasfaserförderung ausgegeben werden.“

<https://www.afd.de/joachim-paul-deutschland-darf-nicht-albanien-des-internets-bleiben/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.2.2021

Jeder zweite Islamisten-Attentäter ist „Flüchtling“!

Eine aktuelle Statistik des britischen Terrorforschers Sam Mullins zeigt: Die Asyl-Einwanderung hat nicht nur zur Terrorgefahr in Deutschland beigetragen – sie stellt sogar die Hälfte der



islamistischen Attentäter in Deutschland! Bei 13 Anschlägen durch 14 Terroristen waren demnach sieben Täter Asylbewerber, berichtet die „Welt am Sonntag“. Dabei ist es noch gar nicht so lange her, dass Regierungspolitiker jeglichen Zusammenhang zwischen der unkontrollierten Massen-Migration und Terrorismus dreist geleugnet hatten. Ein Beispiel: SPD-Außenminister Heiko Maas.

Die sogenannten „Flüchtlinge“ seien „Opfer und keine Täter“, behauptete Maas im November 2015 mit plumper Pauschalität auf seiner Facebook-Seite. Terrorismus sei „die Ursache und nicht die Folge dessen, dass viele Flüchtlinge zu uns kommen.“ Auch im ARD-Morgenmagazin klang Maas nicht weniger ignorant: „Es gibt keine Verbindung, keine einzig

nachweisbare Verbindung zwischen Terrorismus und Flüchtlingen.“ 13 Monate später steuerte der islamistische Terrorist und illegale Asyl-Einwanderer Anis Amri einen Sattelzug in eine Menschenmenge auf dem Berliner Breitscheidplatz. 12 Menschen waren tot, die etablierten Parteien begannen mit ihren verlogenen Betroffenheits-Phrasen. Diese Phrasen konnte wir damals schon nicht hören und wir können es heute erst recht nicht mehr – wir brauchen endlich ein Ende der Politik der offenen Grenzen!

[Junge Freiheit: „Jeder zweite islamistische Attentäter in Deutschland ist Flüchtling.“
<https://afdkompakt.de/2021/02/09/jeder-zweite-islamisten-attentaeter-ist-fluechtling/>](https://afdkompakt.de/2021/02/09/jeder-zweite-islamisten-attentaeter-ist-fluechtling/)

Merkels ‚Lockdown forever‘-Haltung ist ein Offenbarungseid für unsere Demokratie

Vor dem morgigen Corona-Gipfel, auf dem die Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten abstimmen will, wie es mit den aktuellen Lockdown-Beschränkungen weitergeht, wurde bekannt, dass Kanzlerin Merkel Schulen und Friseure weiterhin geschlossen halten will. Die Ausbreitung der sogenannten Corona-Mutante, so ihre Begründung, müsse unbedingt verlangsamt werden. Dazu erklärt Alice Weidel, stellvertretende Bundessprecherin:



„Trotz sinkender Inzidenz-Werte, einer immer mehr in Schieflage geratenden Wirtschaft und einer nahezu bereits daniederliegenden Bildung will Kanzlerin Merkel an ihrem bisherigen Corona-Kurs offenbar weiter unbeirrt festhalten. Diese ‚Lockdown forever‘-Haltung steht nicht nur in Widerspruch zu unseren Grundrechten – sie widerspricht letztlich allem, was unsere freiheitliche Demokratie ausmacht. Für eine Kanzlerin, die geschworen hat, das Grundgesetz zu wahren und zu verteidigen, ist das ein Offenbarungseid.“

Während Merkel also die Freiheit weiterhin für beliebige Verfügungsmasse hält, hat der Verwaltungsgerichtshof in Stuttgart gestern erst ein Zeichen zugunsten der Freiheit gesetzt, indem er die in Baden-Württemberg geltende nächtliche Ausgangssperre [wegen fehlender Angemessenheit gekippt](#) hat. Auch in der Rechtswissenschaft werden die Stimmen endlich lauter, die zu Recht darauf hinweisen, dass eine [Freiheit, die ihre Ungefährlichkeit erst beweisen muss, abgeschafft ist](#). Das alles sind erfreuliche Signale, die endlich in die richtige, weil freiheitliche Richtung weisen.

In diesem Geiste fordern wir Kanzlerin Merkel und die Ministerpräsidenten erneut auf, ihren Irrweg eines nicht enden wollenden Lockdowns zu verlassen. Statt weiterhin flächendeckende Corona-Beschränkungen nach dem Gießkannen-Prinzip zu verhängen, müssen endlich die Risikogruppen gezielt geschützt, Impfungen für alle, die das wünschen, ermöglicht und ansonsten die Freiheit der Bürger und der Wirtschaft schnellstmöglich wiederhergestellt werden – und das keineswegs erst eine Woche vor der Bundestagswahl, [wie von Merkel zuletzt angedeutet](#).“

<https://www.afd.de/alice-weidel-merkels-lockdown-forever-haltung-ist-ein-offenbarungseid-fuer-unsere-demokratie/>

Reine Willkür: Plötzlich soll der Lockdown wegen des R-Werts weitergehen!

Bundeskanzlerin Angela Merkel (Symbolbild): Plötzlich werden völlig willkürlich die Corona-Kriterien geändert.



Ständig werden neue Kriterien gefunden, um einen Vorwand für eine Verlängerung des „Lockdowns“ zu erzeugen. Erst sollten die Krankenhäuser nicht überlastet werden. Als die Krankenhäuser nicht überlastet waren, sollten die Inzidenzwerte sinken. Nun sinken die Inzidenzwerte, und es wird plötzlich aus heiterem Himmel wieder der R-Wert als entscheidendes Kriterium herangeführt. Schluss mit diesen dreisten Statistik-Tricks – der „Lockdown“ muss sofort beendet

werden!

[Quelle: RND.de](#)

<https://afdkompakt.de/2021/02/09/reine-willkuer-ploetzlich-soll-der-lockdown-wegen-des-r-werts-weitergehen/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.2.2021

„Frau von der Leyen, Ihre Unfähigkeit kostet Menschenleben!“

Heute wurden die Abgeordneten des EU-Parlaments über den Stand der sogenannten EU-Impfstrategie unterrichtet. Prof. Dr. Jörg Meuthen, Bundessprecher und Leiter der AfD-Delegation im EU-Parlament, kommentiert dies wie folgt:

„Kurz bevor ich meine Rede hielt, flüchtete Frau von der Leyen aus dem Plenarsaal. Offenbar ahnte sie, was auf sie zukommen würde: Eine Generalabrechnung mit ihrer sogenannten Impfstrategie, die nichts anderes ist als Impfversagen. Dieses Versagen geht auf von der Leyens Kernkompetenz der Unfähigkeit zurück.

Zu leiden haben darunter Millionen von Europäern, die mangels Impfstoffen um ihre wirtschaftliche Existenz, um ihre Gesundheit, ja, sogar um ihr Leben fürchten müssen, während etwa in den USA, Großbritannien und Israel große Teile der Bevölkerung bereits geimpft worden sind. Diese Länder haben schnell reagiert, bestellt und geimpft, während die EU in ihrem Zentralisierungswahn und der ihrem Wesen immanenten Lethargie alles vergeigt und zu spät bestellt hat, um dann anderen, etwa den Impfstoffproduzenten, dafür die Schuld zu geben, um vom eigenen Versagen abzulenken.

Heute hat von der Leyen den Plenarsaal verlassen. Das war ein erster kleiner Schritt. Der größere und wichtigere wäre es, wenn sie das Berlaymont-Gebäude verlassen und als Kommissionspräsidentin zurücktreten würde, und zwar sofort, denn jeder Tag, den diese Frau länger im Amt ist, kostet Menschenleben.“

<https://www.afd.de/joerg-meuthen-frau-von-der-leyen-ihre-unfaehigkeit-kostet-menschenleben/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.2.2021

Ergebnis der Kungelrunde: Rechtsbrüche, Inkompetenz und Ignoranz!



Setzen 6! Frau Bundeskanzlerin. Die erneute Verlängerung der „Maßnahmen“ ist eine Ansammlung von Rechtsbrüchen, Inkompetenz und Ignoranz.

Zwang und Verbote, einsperren und dichtmachen, mehr fällt dem „Coronakabinett“ nicht ein! Willkür und Widersprüchlichkeiten anstatt planvoller und durchdachter Vorgehensweisen und Strategien.

Volkswirtschaftlich, medizinisch - wissenschaftlich, bildungspolitisch und sozial verantwortlich
Konzepte: Fehlanzeige.

Wir von der AfD haben auch da die Alternative:

Zügiger Ausstieg aus dem „Lockdown“, Berücksichtigung der Expertise aller medizinisch-wissenschaftlicher Forscher und Forschungsrichtungen, Bereitstellung von genügend Impfstoff für alle Impfwillige, Stärkung des eigen- und selbstverantwortlichen Handelns der Bürger, effektiver



Schutz der „vulnerablen Gruppen“, Transparenz und offene Debatten im Parlament!

Damit haben die Wähler gute Gründe, sich für die AfD zu entscheiden!

<https://www.facebook.com/TinoAfD/photos/a.1758788034429462/2473221109652814/>



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 6./7.2.2021

Immer mehr psychische Erkrankungen bei Soldaten nach Auslandseinsätzen

Wie die Deutsche Presseagentur (DPA) unter Bezugnahme auf eine Anfrage der AfD-Fraktion berichtet, hat die Zahl der Bundeswehrsoldaten, die in Einsätzen psychisch erkrankt sind und ärztlich behandelt werden müssen, in den vergangenen Jahren stetig zugenommen. Sie stieg von 784 im Jahr 2017 auf 1116 im vergangenen Jahr. Auch die Zahl der Neuerkrankungen ist von 274 (2017) auf 301 im vergangenen Jahr gestiegen. (<https://www.berliner-zeitung.de/news/zahl-psychisch-erkrankter-bundeswehrsoldaten-steigt-li.138158>)

Dazu sagt der sozialpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, René Springer:

„Unsere Soldaten verdienen die bestmögliche Gesundheitsversorgung. Doch noch immer fehlt es bei der Bundeswehr an einer umfassenden Strategie zur Prävention und Behandlung einsatzbedingter psychischer Erkrankungen. Ein wichtiger Beitrag zum Gesundheitsschutz wäre allerdings auch, unsere Soldaten gar nicht erst in völlig aussichtslose Einsätze wie Afghanistan zu schicken.“

<https://www.afdbundestag.de/springer-immer-mehr-psychische-erkrankungen-bei-soldaten-nach-auslandseinsaetzen/>

Maas degradiert Diplomaten zu Polit-Aktivisten

Russland hat drei EU-Diplomaten wegen Teilnahme an von den Behörden nicht genehmigten Demonstrationen aus Russland ausgewiesen. Darunter ist auch ein hochrangiger Mitarbeiter der Deutschen Botschaft in Moskau.

Hierzu äußert sich der Obmann der AfD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuss, Petr Bystron:

„Durch die Teilnahme an einer verbotenen Demonstration verstieß der deutsche Diplomat gleich zweimal gegen geltende Vorschriften. Zum einen missachtete er die Gesetze des Gastlandes, indem er an einer von den Behörden verbotenen Demonstration teilnahm. Zum anderen ist es



durch das Wiener Abkommen ausländischen Diplomaten grundsätzlich untersagt, in ihrem Gastland politisch zu agitieren.

Diese Rechtsverletzungen alleine sind eines Diplomaten unwürdig und rechtfertigen das russische Vorgehen im vollen Umfang. Doch in diesem Fall kommt noch eine politische Dimension hinzu: Der Vertreter Deutschlands nahm an einer Demonstration für den umstrittenen Nationalisten Alexei Nawalny teil. Nawalny wurde bereits im Jahr 2007 nach acht Jahren Mitgliedschaft aus der Oppositionspartei Jabloko wegen nationalistischen und fremdenfeindlichen Äußerungen ausgeschlossen. Zudem wurden er und sein Bruder im Jahr 2014 als Eigentümer einer zwielichtigen zypriotischen Limited wegen Betrugs und Geldwäsche verurteilt.

Die Fälle von Ausweisungen deutscher Diplomaten häufen sich unter der Führung des Auswärtigen Amtes durch den SPD-Politiker Heiko Maas: Im Dezember 2020 wurde ein Vertreter Deutschlands in Indonesien zur ‚persona non grata‘ erklärt, im März 2019 der deutsche Botschafter Daniel Kriener aus Venezuela ausgewiesen.

Die SPD degradiert Diplomaten zu Polit-Aktivisten. Die dilettantischen Versuche, sich in die inneren Angelegenheiten fremder Länder einzumischen, sind in allen Fällen jämmerlich gescheitert. Deren einziges Ergebnis ist die nachhaltige Beschädigung des internationalen Renommées Deutschlands.

Die vorliegende Ausweisung markiert sowohl den Tiefpunkt der immer schlechter gewordenen Beziehungen zu unserem Partner Russland, wie auch der gesamten Aktivitäten des Auswärtigen Amtes unter Heiko Maas. Es ist Zeit, mit diesem ehrlosen und unprofessionellen Gebaren aufzuhören und Diplomatie wieder zum Ausbau und zur Festigung unserer internationalen Beziehungen anstatt zu deren Beschädigung und Zerstörung zu betreiben.“

<https://www.afdbundestag.de/bystron-maas-degradiert-diplomaten-zu-polit-aktivisten/>

Genitalverstümmelung an Frauen und Mädchen konsequent bestrafen

Anlässlich des „Internationalen Tages gegen weibliche Genitalverstümmelung“ äußert sich der familienpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Martin Reichardt, wie folgt:

„Die Zahl der Mädchen und Frauen, an denen eine Genitalverstümmelung vorgenommen wird, steigt in Deutschland ständig an. Waren es im Jahr 2017 rund 50.000, liegt die Zahl der Opfer dieser bestialischen Taten inzwischen bei 68.000. Der Grund dafür ist die immer größer werdende Zahl von sogenannten Flüchtlingen aus Eritrea, Somalia, Indonesien, Ägypten, Irak und Nigeria. Dort ist diese archaische Menschenrechtsverletzung Tradition.

In Deutschland ist seit 2013 Genitalverstümmelung ein Straftatbestand, trotzdem ist bis heute kein Täter verurteilt. Es werden Statistiken geführt, also sind die Opfer bekannt. Es werden Krokodilstränen geweint, die Täter werden aber nicht angeklagt, nicht verurteilt.

Unsrer Nachbarländer machen es uns vor: In Großbritannien ist eine Mutter 2019 wegen Genitalverstümmelung an ihrer Tochter zu insgesamt 13 Jahren Haft verurteilt worden.

Den Opfern nützen keine Gedenktage, ihnen nützt nur hartes Vorgehen gegen die Täter. Die AfD-Fraktion fordert dieses harte Vorgehen gegen die Verbrechen an unschuldigen kleinen Mädchen ein.“



<https://www.afdbundestag.de/reichardt-genitalverstuemmelung-an-frauen-und-maedchen-konsequent-bestrafen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 8.2.2021

Bundesregierung muss Fahrplan für einen Ausstieg aus dem Lockdown vorlegen

Zur Diskussion über eine Verlängerung des Lockdowns über den 14. Februar hinaus teilt der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alexander Gauland, mit:

„Die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten müssen jetzt schnellstmöglich einen konkreten Fahrplan für einen Ausstieg aus dem Lockdown vorlegen.

Den Bürgern ist es nicht länger zuzumuten, dass die politisch Verantwortlichen bei der Corona-Bekämpfung ständig auf Sicht fahren. Vor allem Geschäfte, Friseure, Gastronomie und Gastgewerbe, die unter dem anhaltenden Lockdown besonders leiden und in ihrer Existenz bedroht sind, brauchen jetzt endlich Planungssicherheit, um eine Perspektive für ihre wirtschaftliche Zukunft zu haben.

Natürlich ist die Verlockung für die verantwortlichen Politiker gerade in Wahlkampfzeiten groß, sich alle zwei Wochen unter großer medialer Aufmerksamkeit als Kämpfer gegen die Pandemie zu inszenieren. Doch die ständige Ungewissheit, wann endlich der fortdauernde Lockdown endet oder zumindest gelockert wird, zermüht die Bürger zunehmend. Das machen auch die sich häufenden Berichte über negative psychologische Folgen deutlich.

Die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten dürfen bei ihrer Entscheidung über eine Fortdauer des Lockdowns nicht mehr nur auf Epidemiologen hören, sondern müssen auch auf die Argumente von Wirtschaftswissenschaftlern und Psychologen eingehen. Als Beispiel könnte Österreich dienen, dessen Regierung ab dieser Woche erste Lockerungen ermöglicht und Geschäfte, Friseure und Schulen wieder öffnet, um der Sehnsucht der Bürger nach einer Rückkehr zur Normalität Rechnung zu tragen.“

<https://www.afdbundestag.de/gauland-bundesregierung-muss-fahrplan-fuer-einen-ausstieg-aus-dem-lockdown-vorlegen/>

Lockdown beenden statt Impfstoffe verschwenden

Aus Brandenburg und Berlin wird berichtet: Impfdosen des raren Impfstoffs werden in den Coronaimpfzentren vernichtet, weil gerade keine gemäß der Regierungskategorisierung passenden Impfwilligen vorhanden sind. Von chaotischen Zuständen ist die Rede. Verantwortliche vor Ort stellen fest, die Lage könne sich erst bessern, wenn auch die Hausärzte an der Organisation der Impfungen beteiligt werden.

Der gesundheitspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Detlev Spangenberg, sagt dazu:

„Es steht zu befürchten, dass Brandenburg und Berlin da keine Ausnahme sind, sondern typisch für ganz Deutschland. Das ist ein Skandal. Obwohl selbst der Vizekanzler Olaf Scholz den Impfstoff als einzigen Ausweg aus der Coronakrise sieht, weil sich nur durch die Impfungen das Corona-Infektionsgeschehen in den Griff bekommen ließe und nicht etwa durch Lockdown, reißt



die Bundesregierung einen Lockdown an den anderen und versagt gleichzeitig derart katastrophal bei der Organisation der Impfung. Wenn die Impfung als das alleinige Mittel von Seiten der Regierung gesehen wird, ist dieses Verhalten geradezu als fahrlässig zu beurteilen.

Jetzt müssten unmittelbar folgende Maßnahmen greifen:

1. Impfstoff darf nicht weiter vernichtet werden, sondern muss stattdessen genutzt werden, um Impfwillige, die derzeit gemäß Kategorisierung noch keinen Anspruch auf Impfung hätten, schon zu impfen.
2. Es muss jedermann angeboten werden, sich für eine Impfung in den dafür eingerichteten Impfzentren einfinden zu können, um gegebenenfalls geimpft zu werden, wenn Impfstoff noch vorrätig ist.
3. Für geimpfte Personen muss verbindlich und termingerecht eine Zweitimpfung sichergestellt werden.
4. Hausarztpraxen müssen schnellstens zu Außenstellen von Impfzentren gemacht werden – wie es in Mecklenburg-Vorpommern schon geschehen ist – um sie schon jetzt in die Impfungen einzubeziehen.

Bei Impfstoffknappheit ist es wirtschaftlich und medizinisch sinnvoller, von Kategorisierungen abzuweichen, statt Impfstoffdosen zu vernichten. Schnelle Einbeziehung der Hausarztpraxen verkürzt Wege, vereinfacht die Organisation und kann auch dazu beitragen, Schwellenängste bezüglich der Impfung bei Patienten abzubauen.

Statt den Lockdown zu verlängern, der auch aus Sicht der Bundesregierung keinen Ausweg aus der Coronakrise bieten kann, muss das Impfgeschehen beschleunigt werden. Wir fordern nochmals Aufhebung des Lockdown – diese Maßnahmen schaden mehr als sie nützen.“

<https://www.afdbundestag.de/spangenberg-lockdown-beenden-statt-impfstoffe-verschwenden/>

Islamisten bringen den Terror nach Europa

„Jeder fünfte islamistische Attentäter in der EU war Asylsuchender“, schreibt die Welt am Sonntag unter Berufung auf einen britischen Terrorforscher und führt aus: „An 27 Prozent der Attentate waren Asylsuchende beteiligt (...) in Deutschland waren sie an der Hälfte dieser Attacken beteiligt.“ Das BKA sieht ebenfalls für Deutschland einen deutlich höheren Wert im Vergleich zur EU.

Die stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beatrix von Storch, erklärt dazu:

„Die Massmigration aus islamischen Ländern hat nicht nur zu einer erhöhten Terrorgefahr geführt, sondern ganz konkret zu mehr islamistischen Terroranschlägen in der EU und in Deutschland. Das haben wir jetzt schwarz auf weiß. Merkels illegale Grenzöffnung 2015 hat ihren Anteil daran. Die Warnungen der AfD-Fraktion vor dem importierten islamistischen Terror wurden stets in den Wind geschlagen und als rassistische Panikmache diffamiert. Das gilt ebenso für die AfD-Vorschläge, wie man die bekannten Gefährder aus dem Verkehr ziehen kann. Wenn die Union es ernst meinen würde mit dem Schutz vor importiertem islamistischen Terror, dann würde sie sich nicht auf die Forderung nach Datenabgleich und einer allgemeinen Stärkung der Sicherheitsdienste beschränken, wie es jetzt Thorsten Frei fordert, sondern sich der AfD-Forderung nach Abschiebung von Gefährdern und Abschiebehaft anschließen – und selbstredend



nach einem umfassenden Schutz der deutschen Grenzen mit der konsequenten Verweigerung der Einreise weiterer Personen ohne Pass und Visum.“

<https://www.afdbundestag.de/beatrix-von-storch-sogenannte-fluechtlinge-bringen-den-terror-nach-europa/>

Bombenexplosion in Berlin – Mutmaßlicher Täter arbeitete für „Demokratie leben!“

In Berlin-Schöneberg kam es am vergangenen Donnerstag zu einer Bombenexplosion, der zweiten in diesem Jahr. Als Tatverdächtiger in beiden Fällen wurde ein Mann festgenommen, der für Projekte arbeitete, die durch das Bundesfamilienministerium im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ gefördert werden. Er arbeitete für die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus“ und für eine Initiative, die an Berliner Schulen Projekte gegen antimuslimischen Rassismus und Islamfeindlichkeit anbietet.

Dazu erklärt der familienpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag, Martin Reichardt:

„Die Bundesregierung, vertreten durch Familienministerin Giffey, bestreitet immer wieder und vehement die Verstrickung von linksextremer Gewalt mit dem durch Bundesmittel geförderten Programm ‚Demokratie leben!‘. Dieses Programm hat sich dem ‚Kampf gegen Rechts‘ verschrieben, ist aber auf dem linken Auge blind. Diese Schiefelage hat die AfD-Fraktion im Bundestag immer wieder thematisiert. Mit Steuergeldern wird die sogenannte ‚Zivilgesellschaft‘ gefördert, die mutmaßlich tief vernetzt ist mit dem gewalttätigen linken Rand. Die Bomben von Schöneberg sind kein Einzelfall, sondern Ausdruck des Systems der Bundesregierung, die weitestgehend ohne Prüfung Gelder an Projekte vergibt. Wir dürfen gespannt sein, ob Frau Giffey die Projekte, für die der mutmaßliche Täter gearbeitet hat, jetzt überprüfen lässt und ihnen gegebenenfalls die Gelder entzieht. Die AfD-Fraktion hat in jeder Haushaltsberatung die Kürzung beziehungsweise die Streichung der Mittel für das Programm ‚Demokratie leben!‘ gefordert. Weiterhin fordern wir die Wiedereinführung der Demokratieklausele für die geförderten Projekte.“

<https://www.afdbundestag.de/reichardt-bombenexplosion-in-berlin-mutmasslicher-taeter-arbeitete-fuer-demokratie-leben/>

Das Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt betreibt linksgrüne Ideologie, keine objektive Wissenschaft

Die Antworten der Bundesregierung auf die Große Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion zum „Arbeitsprogramm des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ (FGZ) (BT-Drucksache [19/26211](#)) bestätigen den Eindruck, dass das FGZ mehr eine politische als eine wissenschaftliche Agenda hat. Hierzu äußert sich der AfD-Bundestagsabgeordnete Marc Jongen, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, wie folgt:

„Es ist ganz offensichtlich nicht vorgesehen, dass die Arbeit des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) zu Ergebnissen führt, die für die Bundesregierung unbequem sind. Mit Steuergeldern wird hier eine Produktionsstätte linksgrüner Ideologie finanziert, von der keinerlei Impulse zur Korrektur der verhängnisvollen politischen Weichenstellungen ausgehen werden, wie sie in Deutschland unter Merkel zur Regel geworden sind.“

Die Folgen der Massenmigration nach Deutschland, die Gefahren durch den Linksextremismus, die Problematik immer neuer ‚Opfergruppen‘, die sich auf Kosten der Mehrheitsgesellschaft



profilieren, die Bedrohung der Wissenschafts- und Meinungsfreiheit durch politische Korrektheit und ‚Cancel Culture‘, oder auch die gesellschaftlichen Folgen des Niedergangs der großen christlichen Kirchen sucht man im Arbeitsprogramm des FGZ vergeblich.

‚Wichtige Erkenntnisse und Impulse zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts‘ erwartet die Bundesregierung stattdessen unter anderem von Forschungsprojekten, die sich um Rassismus, Rechtsextremismus oder Rechtspopulismus drehen. Die ‚Forschungsergebnisse‘ hierzu werden absehbar noch mehr Geld in Diversitäts-, Gender- oder Integrationsprojekte fließen lassen.

Bei der Auswahl der elf Standorte des FGZ sei angeblich ‚fachliche und thematische Ausgewogenheit‘ gewahrt worden. Für das außeruniversitäre Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) gilt das mit Sicherheit nicht, es befindet sich nämlich in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung. Ein Blick auf dessen Netzseite verrät, dass es sich dem ‚antifaschistischen Widerstand‘ verschrieben hat. Es ist entlarvend, dass die Bundesregierung hierzu mitteilt, es habe ‚keine Kriterien‘ gegeben, die gegen das IDZ als Teilinstitut des FGZ sprachen.“

<https://www.afdbundestag.de/jongen-das-forschungsinstitut-gesellschaftlicher-zusammenhalt-betreibt-linksruene-ideologie-keine-objektive-wissenschaft/>

Forscher dürfen nicht die Handlanger der Politik sein

Recherchen der Welt am Sonntag zufolge soll das Bundesinnenministerium unter Horst Seehofer (CSU) zu Beginn der Corona-Pandemie Hochschulen Forschungsinstitute, darunter auch das Robert-Koch-Institut, für politische Zwecke instrumentalisiert haben.

Dazu teilt der AfD-Bundestagsabgeordnete Paul Podolay, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, mit:

„Es ist eine brisante Nachricht: Wissenschaftler wurden beauftragt, ein statistisches Modell zu erarbeiten, das über eine Million Corona-Opfer in Deutschland vorhersagen sollte, um Corona-Maßnahmen zu rechtfertigen. Das Ergebnis stand also schon fest, bevor es berechnet wurde. In der Wissenschaft fällt solch ein Vorgehen in nicht-Corona-Zeiten unter Betrug.

Laut Recherche der Welt am Sonntag gab das BMI das Modell in Auftrag, um es als Basis für Restriktionen zu verwenden und über eine pseudo-wissenschaftliche Grundlage für die Maßnahmen zu verfügen sowie eine ‚Schockwirkung‘ zu erzielen.

Wenn die Regierung so korrupt und hilflos ist, dass sie vermeintlich hochkarätige Forschungsinstitute für ihre Zwecke einspannen muss, ist es an der Zeit diese Akteure zu entlarven und öffentlich sichtbar zu machen, um den Menschen das Vertrauen in Politik und Wissenschaft zurückzugeben.“

<https://www.afdbundestag.de/podolay-forscher-duerfen-nicht-die-handlanger-der-politik-sein/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.2.2021

Bundesregierung verweigert mit unsäglichen Ausreden Verzicht auf einen Teil ihrer Bezüge

Die Bundesregierung plant nicht, weder aus Solidarität mit den Notleidenden der Coronakrise, noch aus haushälterischen Gründen, auf einen Teil ihrer Bezüge zu verzichten. Das ergibt sich aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten und vormaligen Rechtsausschussvorsitzenden Stephan Brandner. Als Begründung gibt die Regierung an, dass es nicht möglich sei, auf Amtsbezüge zu verzichten. Auch wenn das Bundesministergesetz auf die Vorschrift des Paragraphen 2 Abs. 3 des Bundesbesoldungsgesetzes, wonach Beamte, Richter und Soldaten weder ganz noch teilweise auf ihre gesetzliche Besoldung verzichten können, keinen ausdrücklichen Bezug nehme, sei der darin zum Ausdruck kommende Rechtsgedanke auf die Amtsbezüge der Bundesregierung anzuwenden.

Stephan Brandner zeigt sich empört ob dieser Aussage und macht deutlich, dass das Argument, der Verzicht auf Amtsbezüge führe dazu, dass Mitglieder der Bundesregierung sich unter Druck gesetzt fühlten auch in Zukunft auf Bezüge zu verzichten, an Hohn nicht zu überbieten sei.

Brandner: „Millionen von Menschen stehen aufgrund des staatlich verordneten Dauerlockdowns vor den Trümmern ihrer Existenz, wissen nicht wie es weiter geht und warten auf die Almosen, die die Regierung ihnen versprochen hat. Dass die Bundesregierung in dieser einmaligen Situation nicht die Notwendigkeit sieht, wenigstens einen symbolischen Beitrag zu leisten, ist peinlich und zeigt, wie weit sich diese Regierung von den Bürgern wegbewegt hat. Man versteckt sich hinter Scheinargumenten und kassiert die vollen Bezüge weiter. Es ist ein Schlag ins Gesicht der Bürger, dass die Bundesregierung sich auch in der schlimmsten Krise gern die Steuergelder in die eigene Tasche steckt, aber nicht bereit ist, selbst auf einen kleinen Anteil zu verzichten – weil es angeblich rechtlich nicht möglich sei.“

<https://www.afdbundestag.de/brandner-bundesregierung-verweigert-mit-unsaeaglichen-ausreden-verzicht-auf-einen-teil-ihrer-bezueege/>

Corona-Gipfel müssen öffentlich und unter Beteiligung des Parlaments stattfinden

Die Vorsitzenden der AfD-Bundestagsfraktion, Alice Weidel und Alexander Gauland, erläutern die Forderungen der AfD-Fraktion zum morgigen Corona-Gipfel:

Alexander Gauland:

„Es kann nicht damit weitergehen, dass sich die Regierungen alle 14 Tage hinter verschlossenen Türen etwas Neues ausdenken. Die Menschen brauchen jetzt endlich eine klare und verlässliche Perspektive.“

Wir fordern, dass die Gespräche der Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten öffentlich sind. Die Bürger brauchen Transparenz darüber, wie die Entscheidungen zu Stande kommen.“

Alice Weidel:

„Erstens müssen die Runden der Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten transparent sein. Zweitens muss auch der Bundestag als Volksvertretung endlich an diesen Gesprächen beteiligt werden. Es kann nicht sein, dass eine in der Verfassung nicht vorgesehene Kungelrunde Entscheidungen trifft und erst tags darauf gnädig den Bundestag darüber informiert.“



Schließlich brauchen wir endlich transparente und nachvollziehbare Kriterien, die den Entscheidungen zu Grunde liegen. Die Bürger haben derzeit keine Möglichkeit, objektiv nachzuvollziehen, unter welchen Voraussetzungen welche Maßnahmen für wie lange beschlossen werden.“

<https://www.afdbundestag.de/weidel-gauland-corona-gipfel-muessen-oeffentlich-und-unter-beteiligung-des-parlaments-stattfinden/>

AfD-Bundestagsfraktion fordert Obduktion aller nach Corona-Impfung Verstorbener

Die AfD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich gesetzlich zu regeln, dass alle Menschen, die innerhalb eines Monats nach einer erfolgten Corona-Impfung versterben, grundsätzlich obduziert werden. Nur auf dem Weg der sogenannten inneren Leichenschau lässt sich feststellen, ob und in welchem Zusammenhang der eingetretene Tod mit der vorangegangenen Corona-Impfung steht.

Dazu Professor Dr. med. Axel Gehrke, Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion:

„Bisher gleicht der geheimnisvolle Umgang mit mehr oder weniger versteckten Verlautbarungen über Todesfälle nach Impfungen, insbesondere in den Altersheimen, einem ‚Blinde-Kuh-Spiel‘. Nur eine möglichst hohe Anzahl von Obduktionen gibt der Bevölkerung Gewissheit, dass das tatsächliche Impfrisiko wissenschaftlich ermittelt und in die Impfeempfehlungen eingepflegt wird. Anders kann die laut neugefasstem Infektionsschutzgesetz explizit aufgeführte verpflichtende Risikoauflklärung vor der Impfung nicht korrekt durchgeführt werden.

Laut Bulletin des Paul Ehrlich Institutes vom 28.1.2021 wurden dem Institut bisher 69 Todesfälle nach erfolgter Impfung gemeldet. Alle Todesfälle betrafen Personen, die mit Impfstoff von BioNTech/Pfizer geimpft wurden und variierten zwischen 1 Stunde bis 18 Tage nach der Impfung. Ein Zusammenhang mit einer Covid-19 Erkrankung wurde bei 11 Verstorbenen vermutet, in 25 Fällen wurde die Todesursache als unbekannt gemeldet und in allen anderen Fällen seien die Patienten an ihren multiplen Vorerkrankungen gestorben, wobei man sich zurecht fragen muss, wieso sie bei so schweren Vorerkrankungen überhaupt geimpft werden konnten. Allein aus dieser Zusammenstellung zeigt sich eindeutig, dass dringend evaluiert werden muss, inwieweit Todesfälle, die im zeitlichen Zusammenhang mit einer Corona-Impfung auftreten, direkt auf diese zurückzuführen sind und welche möglichen Vorerkrankungen die Sterblichkeit begünstigen.

Wir fordern daher die Bundesregierung auf, unverzüglich die gesetzliche Grundlage und Verpflichtung für rechtsmedizinische Untersuchungen von Patienten, die nach einer Corona-Impfung verstorben sind, zu schaffen. Eine Obduktion ist darüber hinaus auch unerlässlich für den Nachweis, ob eine strafbare falsche Aufklärung vorliegt und ob die Risikobewertung der neu zugelassenen Impfstoffe überarbeitet werden muss.

Und schlussendlich: Auch die Angehörigen der Verstorbenen haben ein Recht darauf zu erfahren, woran ihre Familienmitglieder verstorben sind und ob es sich eventuell um einen vermeidbaren Tod gehandelt hat.“

<https://www.afdbundestag.de/gehrke-afd-bundestagsfraktion-fordert-obduktion-aller-nach-corona-impfung-verstorbener/>



Wir brauchen keine Ministerpräsidenten, die sich wie Hofschranzen aufführen

Im Auftrag des AfD-Bundestagsabgeordneten und ehemaligen Rechtsausschussvorsitzenden, Stephan Brandner, hat der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages festgestellt, dass es sich bei den Bund-Länder-Konferenzen, die seit März 2020 bereits 21 mal stattfanden und bei denen tiefe Eingriffe in die Grundrechte beschlossen wurden, lediglich um ein informelles Gremium handelt, das der „bundesweiten Koordinierung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie dienen“ soll. Weiter macht der Wissenschaftliche Dienst deutlich, dass „aufgrund der alleinigen Zuständigkeit der einzelnen Länder (...) die im Rahmen der Bund-Länder-Konferenzen getroffenen Absprachen über die zu ergreifenden Maßnahmen“ nicht verbindlich seien und nur die Natur politischer Absichtserklärungen hätten.

Stephan Brandner, auch Justiziar der AfD-Bundestagsfraktion, mahnt die Ministerpräsidenten, sich von der Bundeskanzlerin nicht weiter unter Druck setzen zu lassen, die ihren eigenen Kurs ohne Rücksicht auf Verluste durchpeitschen will.

Brandner: „Bundeskanzlerin Merkel hat in der aktuellen Coronakrise überhaupt nichts zu sagen, prügelt aber seit fast einem Jahr ihre Meinung durch. Das muss ein Ende haben. Wir haben Föderalismus und brauchen selbstbewusste und keine sich wie Hofschranzen aufführenden Ministerpräsidenten unter einer Bundeskanzlerin, die wie eine Sonnenkönigin Deutschland regiert. Vor den morgigen Verhandlungen fordere ich die Ministerpräsidenten eindringlich auf, sich ihrer Verantwortung bewusst zu werden und aufzuhören, nach Merkels Pfeife zu tanzen.“

<https://www.afdbundestag.de/brandner-wir-brauchen-keine-ministerpraesidenten-die-sich-wie-hofschranzen-auffuehren/>

Lauterbach, heute so, morgen so ..

Karl Lauterbach, selbsternannter Coronaexperte der SPD, dem die Medien nur allzu gerne eine Bühne für seine wissenschaftlich völlig unbelegten Lockdown-Forderungen bieten, ändert seine Meinung ständig. Besonders ein Tweet vom vergangenen Jahr zeigt den Meinungsspagat, den Lauterbach absolviert: Die AfD-Fraktion forderte bereits im März umfassende Grenzkontrollen zur Prävention. Lauterbach war sich sicher: "Epidemiologisch" mache das "keinen Sinn". Die AfD-Forderung tat er als "niedrig und billig" ab.



Nicht ganz ein Jahr später ändert Lauterbach plötzlich seine Meinung: Grenzkontrollen seien jetzt sehr wichtig, um die "Südafrika Variante" aufzuhalten. Der Impfstoff "Astra" (gemeint ist vermutlich AstraZeneca) wirke "wahrscheinlich" nicht.

Nicht nur die Sache mit den Grenzkontrollen ist bedenklich, sondern auch das hohe Maß an "Wahrscheinlichkeiten", mit denen Lauterbach und die gesamte Bundesregierung hantieren. Ein ganzes Land wird wegen Wahrscheinlichkeiten an den wirtschaftlichen Abgrund gebracht und die Menschen ihrer Grundrechte beraubt.



Wissenschaftliche Erkenntnisse werden nicht nur ignoriert, sondern mutmaßlich Wissenschaftler sogar unter Druck gesetzt, um möglichst solche Studien vorzulegen, die dem Willen der Regierung entsprechen - wie im Innenministerium unter Horst Seehofer (CSU) geschehen.

In jedem anderen europäischen Land wäre die Bundesregierung nach dieser Bilanz freiwillig zurückgetreten. Nur in Deutschland hat nichts mehr Konsequenzen!

Quelle: <https://twitter.com/Karl.../status/1358743462158475264>

<https://www.facebook.com/aliceweidel/photos/a.1063313067013261/4069402969737574/>

Insektenschutzgesetz muss gestoppt werden

Heute werden erneut zahlreiche Bauern aus Mecklenburg-Vorpommern mit ihren Traktoren vor dem Wahlkreisbüro von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Stralsund demonstrieren. Sie protestieren vor allem gegen das Insektenschutzgesetz, welches am Mittwoch im Bundeskabinett beschlossen werden soll und durch welches den Bauern ohne jeglichen Ausgleich erneut zusätzliche kostenträchtige Auflagen zugemutet werden sollen.

Der agrarpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Protschka, äußert sich dazu wie folgt:

„Mitten in der Krise plant die Bundesregierung massive neue Belastungen für die ohnehin schon schwer gebeutelten deutschen Bauern. Unter dem Vorwand des Insektenschutzes sollen Pflanzenschutzmittel in gewissen Gebieten künftig nicht mehr eingesetzt werden dürfen. Das würde bedeuten, dass auf einer Ackerfläche von etwa 1,2 Millionen Hektar keine Ertragssicherheit mehr gewährleistet werden kann. In der Folge werden wir noch mehr Nahrungsmittel aus dem Ausland importieren müssen, wo Umwelt- und Artenschutz kaum eine Rolle spielen. Damit erweist die Bundesregierung dem Insektenschutz einen Bärendienst.“

Mit den neuen Verboten und Auflagen verlieren all die erfolgreichen freiwilligen Umweltprogramme ihre Förderfähigkeit. Bauern werden die Kosten dieser Maßnahmen nun selber bezahlen müssen und zusätzlich die geringeren Ernteerträge in Kauf nehmen. Insbesondere die kleineren und mittleren landwirtschaftlichen Familienbetriebe werden diese finanziellen Einbußen nicht verkraften können und ihre Hoftore für immer schließen müssen. Will die Bundesregierung das wirklich? Wir nicht. Natur- und Artenschutz geht nur gemeinsam mit der Landwirtschaft und nicht gegen sie. Das Insektenschutzgesetz muss gestoppt werden.“

<https://www.afdbundestag.de/protchka-insektenschutzgesetz-muss-gestoppt-werden/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.2.2021

Erneute Verlängerung des Lockdowns ist fatal

Zu den Beschlüssen des sogenannten Corona-Gipfels der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidenten teilen die Vorsitzenden der AfD-Fraktion in Deutschen Bundestag, Alice Weidel und Alexander Gauland, mit:

Weidel:

„Die Verlängerung des Lockdowns bis in den März ist fatal. Der dadurch angerichtete Schaden an



Wirtschaft und Gesellschaft ist unermesslich. Die in Aussicht gestellten Lockerungen sind viel zu vage und völlig unzureichend. Statt den Bürgern endlich eine klare und verlässliche Perspektive für ein Ende der unsäglichen Lockdown-Politik zu geben, wird plötzlich der Maßstab für den Zeitpunkt von Lockerungen geändert.

Monatelang wurde eine Inzidenz von 50 Neuinfektionen je 100.000 Einwohner als quasi magischer Wert beschworen, der erreicht werden müsse, um den Lockdown aufzuheben. Nun, wo sich die gemeldeten Zahlen diesem Wert annähern, wird er verworfen und stattdessen die Zahl 35 aus dem Hut gezaubert.

Das Agieren der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidenten ist von Inkonsequenz und Willkür gekennzeichnet. Alle 14 Tage lässt sich die Regierung neue Begründungen einfallen, um den Lockdown zu verlängern.

Dabei gibt es längst zahlreiche wissenschaftliche Belege, die gegen die Wirksamkeit der Lockdown-Maßnahmen sprechen. Dennoch werden diese stur und ohne jede Rücksicht auf Verluste fortgesetzt. Die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern müssen diesen Irrweg endlich verlassen.“

Gauland:

„Erneut hat die Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten hinter verschlossenen Türen am Bundestag vorbei die willkürliche Einschränkung von Grundrechten der Bürger verlängert. Der Ausnahmezustand der Freiheitsbeschränkungen droht damit endgültig zum Normalfall zu werden. Dadurch droht unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung schweren Schaden zu nehmen.

Der Bundestag muss sich nun endlich seine Rechte zurückholen. Sollte sich die Entwicklung fortsetzen wie bisher, muss das Parlament die Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite zurücknehmen. Damit könnte die in der Verfassung nicht vorgesehene Kungelrunde der Kanzlerin keine Maßnahmen mehr beschließen und der Spuk wäre vorbei.

In Anbetracht der erneut verlängerten fatalen Lockdown-Politik wiegt das Regierungsversagen bei der Impfstoffbeschaffung immer schwerer. Hätte Deutschland die Impfstoffbeschaffung in die eigene Hand genommen, statt sich auf die überforderte EU zu verlassen, hätten sich bis heute schon viel mehr Bürger freiwillig impfen lassen können. Länder wie Großbritannien, die USA oder Israel sind dafür die besten Beispiele.“

<https://www.afdbundestag.de/weidel-gauland-erneute-verlaengerung-des-lockdowns-ist-fatal/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.2.2021

Aktivitäten der Bundesregierung kollidieren immer häufiger mit der Justiz

Seit dem vergangenen Herbst besteht eine Kooperation des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) mit Google wie folgt: Bei entsprechenden Sucheingaben in die bekannte Suchmaschine wird ein vom BMG verantwortetes Gesundheitsportal privilegiert angezeigt. Das Landgericht München I gab gestern einer Klage von „netdoktor.de“ – einer Tochter des Hubert Burda Verlages – im Eilverfahren statt und wertete dieses Gebaren als Verstoß gegen das Kartellrecht.

Dazu äußert sich der medienpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Martin E. Renner:



„Erneut erweist sich die deutsche Justiz als offenbar letzte Bastion unseres demokratischen Rechtsstaates. Es scheint sich in jüngerer Zeit der Trend abzuzeichnen, dass Vorhaben und Aktivitäten unserer Bundesregierung immer häufiger mit der Justiz kollidieren.

Dies ist ein Zeichen für einen noch funktionierenden Rechtsstaat – die berechtigte Freude über diesen Umstand weicht jedoch rasch der Erkenntnis, dass diese Regierung, hier an verantwortlicher Stelle Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, offensichtlich immer übergriffiger wird. Und das augenscheinlich nicht nur bezüglich diverser Freiheitseinschränkungen der Bürger zur Bekämpfung einer vermeintlichen Pandemie, die ebenfalls immer wieder von Gerichten für unzulässig erklärt wurden.

Die Pressefreiheit ist und bleibt unantastbares Gut und Grundpfeiler unserer Demokratie. Internetnutzer mittels der genannten Kooperation mit Google bevorzugt auf das eigenverantwortete Gesundheitsportal zu lotsen, ist aber nichts anderes als ein Angriff auf die Pressefreiheit.

Der Vorwand des Bundesgesundheitsministeriums, exklusiv und ausschließlich über die vermeintlich einzig wahre Neutralität und Wissenschaftlichkeit zu verfügen, zeigt nicht nur, dass man den Sinn der Pressefreiheit nicht im Ansatz verstanden hat.

Schlimmer noch: Diese Argumentation beweist und verdeutlicht das immer häufiger festzustellende Gebaren der Bundesregierung, sich selbst als vermeintlichen, moralisch selbstlegitimierenden Leuchtturm über demokratische Prozesse und Grundpfeiler erheben zu können. Das aber wäre das Ende der Demokratie.

Ich begrüße dieses Gerichtsurteil daher ausdrücklich und bin zuversichtlich, dass andere, noch anhängige Verfahren zum gleichen Ergebnis führen werden. Es ist dennoch ein fatales Zeichen, wenn Regierungsarbeit, wenn Politik von Gerichten gestoppt werden muss.“

<https://www.afdbundestag.de/renner-aktivitaeten-der-bundesregierung-kollidieren-immer-haeufiger-mit-der-justiz/>

Maut-Untersuchungsausschuss verfehlt seine Aufgabe

Als „Gipfel der Schaumschlägerei“ bezeichnet der AfD-Obmann im Bundestags-Untersuchungsausschuss „Pkw-Maut“, Wolfgang Wiehle, die heutige Beratungssitzung des Ausschusses, die von 12 Uhr bis kurz vor 14 Uhr dauerte.

Wiehle: „In meinen Augen ist es schon verwunderlich, dass die Oppositions-Koalition aus Grünen, Linkspartei und FDP bis zum Bundesgerichtshof gezogen ist, um Protokolldaten zu den E-Mails von Verkehrsminister Scheuer in seiner Rolle als Abgeordneter zu bekommen. Mindestens Grüne und Linke hätten durch einfache Rückfrage in ihren Fraktionen herausfinden können, dass seit Ende 2015 solche Protokolldaten nur noch für drei Monate gespeichert werden. Aus dem Zeitraum, den der Untersuchungsausschuss betrachtet, gibt es mutmaßlich keine Daten mehr.

Ein Ermittlungsrichter beim BGH hatte den Klägern Recht gegeben, so dass sie in den nicht mehr vorhandenen Protokollen nach Daten hätten suchen dürfen.

Ich verstehe ja noch, dass eine Mehrheit der Regierungskoalition im Ausschuss dagegen aus Rechtsgründen Beschwerde einlegt. Ich verstehe aber nicht, dass man darüber hinaus verlangt,



dass diese Beschwerde auch noch das Suchen nach den nicht mehr vorhandenen Daten aufschieben soll.

Durch diese im Ergebnis offensichtlich nutzlosen Winkelzüge wird die Arbeit des Ausschusses unnötig verzögert und die Arbeit am Abschlussbericht behindert. Was für eine Schaumschlägerei. Die Erstellung des Berichts muss Priorität bekommen.“

<https://www.afdbundestag.de/wiehle-maut-untersuchungsausschuss-verfehlt-seine-aufgabe/>

Die Schulen brauchen eine Perspektive – Ergebnis des Bund-Ländergipfels enttäuschend

Zum Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Kanzlerin erklärt der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Götz Frömming:

„Auf eine Entscheidung, wann Kindergärten und Schulen endlich wieder öffnen dürfen, hat ganz Deutschland händeringend gehofft. Doch das Ergebnis ist enttäuschend. Obwohl dieses Thema ursprünglich mit auf der Agenda stand, ging Merkel langen Diskussionen lieber aus dem Wege; eine verlässliche klare Ansage gab es nicht.

Schüler, Lehrer und Eltern haben in den letzten Monaten viele Entbehrungen auf sich genommen und ihren Beitrag geleistet. Statt eine verbindliche Perspektive zu haben, geht für sie die Hängepartie nun weiter.

Schulen sind kein Freizeitpark, den man einfach mal schließen kann, ohne dass es besonders auffällt. Die Auswirkungen des Lockdowns auf die Entwicklung der Schüler sind schon jetzt verheerend. Die Kultusminister haben es leider nicht geschafft, mit einem gemeinsamen Konzept zu überzeugen. Und Merkel stiehlt sich nun schmolend aus der Verantwortung, weil sie umgekehrt die Länder nicht überzeugen konnte. Ein Trauerspiel.“

<https://www.afdbundestag.de/froemming-die-schulen-brauchen-eine-perspektive-ergebnis-des-bund-laendergipfels-enttaeuschend/>

Deal zwischen Spahn und Google gestoppt – Sieg für die Pressefreiheit

Das Landgericht München gab am Mittwoch zwei Eilanträgen gegen die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und Google statt, da es eine Gefahr für die Medien- und Meinungsvielfalt gegeben sah sowie die Verletzung des Kartellrechts. Der Medienkonzern Hubert Burda Media konnte somit die Kooperation zwischen Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und dem US-Internetriesen Google vorerst erfolgreich verhindern.

Dazu teilt der AfD-Bundestagsabgeordnete Paul Podolay, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, mit:

„Dem Aktionismus des Bundesgesundheitsministers Spahn wird nun endlich ein Riegel vorgeschoben. Mit seiner von Ehrgeiz getriebenen Digitalisierungswut im Gesundheitswesen vergaulte er bisher nicht nur Ärzte und Krankenhäuser, sondern auch Bürger, die die mangelhafte Corona-App benutzten.

Das nächste ‚Upgrade‘ seiner Digitalisierungsagenda beinhaltet das mit Google abgekartete Anzeigen von staatlichen Medien und Internetseiten bei der Internetsuche. Diese Art der Wahrnehmungs- und Informationsmanipulation ist abzulehnen und hat nichts im Gesundheitsministerium zu suchen.



Herr Spahn scheint zu vergessen, dass er Gesundheitsminister ist und kein Verhaltenspsychologe. Die großangelegte Manipulation der Informationswahrnehmung und -beschaffung mittels Technologie-Großkonzernen verurteilen wir absolut.“

<https://www.afdbundestag.de/podolay-deal-zwischen-spahn-und-google-gestoppt-sieg-fuer-die-pressefreiheit/>

Deutschland betreibt eine Schuldenpolitik wie Italien, Griechenland & Co.

Die Bundesregierung hat von 2008 bis 2020 aufgrund der Niedrigzinsen etwa 210 Milliarden Euro eingespart. Der finanzpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Albrecht Glaser, äußert sich dazu wie folgt:

„Zu Beginn der Euro-Einführung 1999 hatten die südeuropäischen Länder, insbesondere Griechenland und Italien, die relativ höchste Verschuldung im Euro-Raum. Die internationalen Finanzmärkte glaubten damals, der Euro würde eine zweite D-Mark und kauften die Staatsanleihen aus diesen hochverschuldeten Ländern zu niedrigen Zinsen. Die hierdurch niedrige Zinslast hätte diesen Ländern die Möglichkeit verschafft, ohne komplizierte Sparpolitik ihre Schulden zurückzufahren und zukunftsfest zu werden. Es kam jedoch alles anders. Statt die eingesparten Zinsen zum Schuldenabbau zu verwenden, erhöhten sie die Schulden, ohne mehr Zinsen zahlen zu müssen.

Deshalb hat Italien heute das 2,6-fache des BIP an Staatsschulden, und Griechenland nahezu das Dreifache. Beide Länder sitzen unrettbar in der Staatsschuldenfalle.

Damit die Falle nicht zuschnappt, hat der vorherige EZB-Präsident, Mario Draghi, die Euro-Zinsen bis in den Negativzinsbereich gesenkt. Ein Vorgang, den es in der europäischen Finanzgeschichte bis dahin nicht gegeben hatte.

Den gleichen Weg hat die Merkelregierung in Deutschland seit 2008 verfolgt. Die eine Billion – das sind eintausend Milliarden – Euro Schulden, die nach der Finanzkrise in Deutschland gemacht wurden, sind bis heute ohne jegliche Tilgung fortgeschrieben worden. Wie wir nunmehr durch eine Auskunft der Bundesregierung wissen, hat der Bund seit 2008 über 200 Milliarden Euro an Schuldzinsen eingespart, diese jedoch wie die Vorbilder aus Südeuropa nicht zum Schuldenabbau benutzt. Deshalb muss die Bundesregierung jetzt die Corona-Schulden oben drauf packen.

Fazit: Nichts gelernt und alles falsch gemacht. Verantwortungslose Politik fordert ihre Opfer.“

<https://www.afdbundestag.de/glaser-deutschland-betreibt-eine-schuldenpolitik-wie-italien-griechenland-co/>

Vernünftiges Handeln statt bürokratischer Stufenpläne

Am 10.02.21 wurde im Bundestag zu COVID-19 der Antrag der AfD-Fraktion „Diskriminierung von Menschen mit Behinderung und anderen vulnerablen Gruppen durch Mund-Nasen-Bedeckung beenden“ behandelt. Daneben wurde über Anträge der FDP und der Grünen debattiert, die komplizierte und langfristige Stufenpläne zur Regelung des Lockdowns fordern. Des Weiteren gab es noch einen Antrag der Linken, welcher gesetzliche Regelungen statt Verordnungen forderte.

Dazu erklärt der gesundheitspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Detlev Spangenberg:



„Nicht das Virus oder die Krankheit COVID-19 haben verheerende Wirkung auf unsere Freiheitsrechte, die Wirtschaft, die Gesundheit und die Bildung – auf die Gesellschaft im Ganzen, sondern die unverhältnismäßigen politischen Maßnahmen, die man deswegen ergriffen hat.

Mit unserem Antrag wollen wir eine Erleichterung für Kranke und Behinderte erreichen, die eine ärztliche Bescheinigung dafür haben, aus gesundheitlichen Gründen keine Maske tragen zu müssen. Dies soll leicht erkennbar gemacht werden und bei Kontrollen Missverständnisse und Diskriminierung verhindern.

Die Grünen behaupten in ihrem Antrag, populistische Kräfte hätten die Pandemie zur Spaltung benutzt. Schon wegen solch schlichter und infamer Behauptungen kann man deren Antrag nicht zustimmen.

Die AfD-Fraktion steht grundsätzlich für ein rasches Ende der Corona-Maßnahmen. Wenn ein großer Teil der Bürger sich nicht damit abfinden will, dass man ihnen die Grund- und Freiheitsrechte über Monate hinweg nimmt und sie durch Arbeitsverbote ruiniert, dann sind das keine Populisten oder gar Extremisten, sondern es handelt sich um die Wahrnehmung eines demokratischen Rechts.

Die Vorschläge der FDP und Grünen in ihren Anträgen können wir nicht mittragen. Diese wollen zwar nachvollziehbare, bundesweite Regelungen in Stufenplänen, jedoch sind diese so detailliert und kompliziert, dass die Bürokratie, die Gesinnungsschnüffelei und Bevormundung vorprogrammiert scheinen.

Dies alles steht in keinem Verhältnis zur Gefährlichkeit der Krankheit COVID-19. Untersuchungen zeigen auch, dass der besondere Schutz von Älteren und gefährdeten Kranken immer noch nicht ausreichend ist. Diesen Schutz der Risikogruppen fordert die AfD-Fraktion schon seit dem ersten Lockdown im Frühjahr 2020.

Bei Schülern breiten sich inzwischen durch Isolation und reine Beschulung zu Hause über das Internet psychischen Belastungen, Angststörungen, Konzentrations- oder Schlafstörungen aus, eine Folge der verschärften Corona-Maßnahmen. Kinderärzte berichten von einer Verzögerung in der Entwicklung. Dies bestätigte auch Bundesministerin Franziska Giffey.

Das Bekenntnis der Kanzlerin zur Wissenschaft ist eine Farce. Wird Linientreue für Wissenschaftler und Mediziner zur Maßgabe, um einer Ausgrenzung zu entgehen oder ihre Laufbahn nicht in Gefahr zu bringen, wird Wissenschaftlichkeit per se infrage gestellt.“

<https://www.afdbundestag.de/spangenberg-vernuenftiges-handeln-statt-buerokratischer-stufenplaene/>

Bundesregierung verpulvert 115 Millionen Euro für Werbemaßnahmen

Die Bundesregierung hat 2020 für Werbezwecke mehr Geld ausgegeben, als sämtliche Oppositionsparteien zusammengerechnet aus Mitteln der Parteienfinanzierung erhalten. Wie eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Norbert Kleinwächter ergab, sind im Jahr 2020 für Schaltmaßnahmen der Bundesregierung Kosten von insgesamt 114.880.961,47 Euro angefallen. Davon entfielen 71.933.245,48 Euro auf Schaltmaßnahmen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie.



Damit wurden auch Plakate und Werbespots mit hochumstrittenen Aussagen finanziert. Die Angaben erhalten lediglich die reinen Schaltkosten inklusive Mehrwertsteuer und noch nicht die entstandenen Kreationskosten, Agenturhonorare und Verwaltungskosten. Zum Vergleich: Im Jahr 2019 betrug die Gesamthöhe der staatlichen Parteienfinanzierung knapp 194 Millionen Euro (193.544.621,70 Euro), wobei auf die Oppositionsparteien ca. 69 Millionen Euro entfielen (69.116.021,90 Euro). Die Bundesregierung hat damit aus Steuermitteln für Eigenwerbung das 1,6-fache dessen ausgegeben, was der Staat allen Oppositionsparteien zusammengerechnet für ihre grundgesetzlich verbrieften Aufgaben zur Verfügung stellt.

Kleinwächter erklärt dazu: „Die Höhe der Ausgaben für Werbung ist skandalös, und der Zweck erscheint fraglich. Vor allem jedoch gerät durch so viel Eigenwerbung der Bundesregierung das demokratische Gleichgewicht in Schieflage und eine faire Meinungsbildung ist gefährdet: Das ganze Land ist mit der Meinung der Regierung – und damit der Regierungsparteien – überschwemmt, und die Oppositionsparteien können gar nicht entsprechend antworten. 115 Millionen nur für Werbung sind unnötig, unmoralisch und undemokratisch zugleich.“

<https://www.afdbundestag.de/kleinwaechter-bundesregierung-verpulvert-115-millionen-euro-fuer-werbemassnahmen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.2.2021

Lieferkettengesetz ist Todesurteil für die deutsche Wirtschaft

Entwicklungsministerium, Arbeitsministerium und Wirtschaftsministerium haben sich auf ein Lieferkettengesetz geeinigt und damit das monatelange Tauziehen innerhalb der Bundesregierung beendet. Das Lieferkettengesetz soll Anfang 2023 in Kraft treten.

Der entwicklungspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Markus Frohnmaier, erklärte zur Einigung:

„Lieferkettengesetze, egal in welcher Form, stellen eine Privatisierung staatlicher Kernaufgaben dar. In Zukunft müssen deutsche Unternehmen Weltpolizei spielen und anstelle der Regierungen und Verwaltungen in den Entwicklungsländern deutsche Standards durchsetzen. Das bedeutet für die Unternehmen zusätzliche monströse Bürokratie und ein hohes Bußgeldrisiko für die Verfehlungen von Zulieferern, die sie gar nicht kontrollieren können. Es handelt sich um ein Todesurteil für die deutsche Wirtschaft und damit auch Millionen von Arbeitnehmern. Wir werden gegen diese fatale Fehlentscheidung auch weiterhin massiven parlamentarischen Widerstand leisten.“

<https://www.afdbundestag.de/frohnmaier-lieferkettengesetz-ist-todesurteil-fuer-die-deutsche-wirtschaft/>



Video-Empfehlungen

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Timo Schreyer: Friseure, Kosmetiker und Nagelstudios unter Pandemiebedingungen wiedereröffnen!

<https://www.youtube.com/watch?v=PLj5Zo1kJi0>

Frank Peschel: Arbeitsplätze werden für Lockdown geopfert!

<https://www.youtube.com/watch?v=DrM713qogc4>

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNq/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Karsten Hilse 11.2.2021 - Neutrale Wissenschaft

<https://www.youtube.com/watch?v=7rKQQOLcvDE>

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

Alle Videos der AfD-Fraktion im EU-Parlament finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>



Meldungen aus Deutschland und der Welt

Gemischtes aus Deutschland und der Welt

Große Einigkeit in Sachsen: Regierungskoalition beschließt Gehaltserhöhung für die Abgeordneten

<https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/grosse-einigkeit-in-sachsen-regierungskoalition-beschliesst-gehaltserhoehung-fuer-die-abgeordneten-a3443179.html>

Gauland will wieder für den Bundestag kandidieren

<https://www.sueddeutsche.de/politik/bundestag-berlin-gauland-will-wieder-fuer-den-bundestag-kandidieren-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210208-99-353630>

Beweise häufen sich, dass der Angriff auf das Kapitol vorgeplant war

<https://www.epochtimes.de/politik/ausland/beweise-haeufen-sich-dass-der-angriff-auf-das-kapitol-vorgeplant-war-a3444237.html>

Biden entsendet Bomber nach Norwegen – mit klarer Botschaft an Putin

https://www.focus.de/politik/ausland/kurswechsel-der-usa-mit-russland-biden-entsendet-bomber-nach-norwegen-mit-klarer-botschaft-an-putin_id_12961892.html

Diesel statt E-Mobilität: Winterkälte legt Berliner E-Busse lahm

<https://www.epochtimes.de/technik/diesel-statt-e-mobilitaet-winterkaelte-legt-berliner-e-busse-lahm-a3445448.html>

Informationen zum Coronavirus

Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard

<https://experience.arcgis.com/experience/478220a4c454480e823b17327b2bf1d4>

Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard

<https://gisanddata.maps.arcgis.com/apps/opsdashboard/index.html?fbclid=IwAR1YrifY296A08qQRaG58QD1QjNtpCUDVQJ2eC0qMURm1WtQkUQQ9Hjx2Gg#/bda7594740fd40299423467b48e9ecf6>

Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhaus-Standorte Deutschlands

<https://www.intensivregister.de/#/intensivregister?tab=kartenansicht>

Hessen: Corona-Ausbruch in Seniorenheim 16 Tage nach Erstimpfung entdeckt

<https://www.giessener-allgemeine.de/hessen/hessen-corona-ausbruch-pflegeheim-nach-erstimpfung-update-zr-90191880.html>

Merkel dringt auf Shutdown-Verlängerung bis Anfang März

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/coronavirus-massnahmen-angela-merkel-dringt-auf-shutdown-verlaengerung-bis-anfang-maerz-a-0a69258a-7543-4637-9f12-a3a6444e6aa8>



Kanzleramt will Lockdown bis 14. März verlängern - was die Beschlussvorlage verrät

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article226089465/Corona-Gipfel-Kanzleramt-will-Lockdown-bis-14-Maerz-verlaengern.html>

Bund-Länder-Treffen: Diese 15 Punkte bestimmen, wie wir den nächsten Monat leben

https://www.focus.de/politik/deutschland/merkel-und-die-ministerpraesidenten-bund-laender-treffen-diese-15-punkte-bestimmen-wie-wir-den-naechsten-monat-leben_id_12939530.html

Corona-Gipfel: Grundrechte sind nur noch Firlefanz

<https://reitschuster.de/post/corona-gipfel-grundrechte-sind-nur-noch-firlefanz/>

Corona-Infos für Sachsen

Sächsische Corona-Schutz-Verordnung

<https://www.coronavirus.sachsen.de/amtliche-bekanntmachungen.html>

Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen

<https://www.landkreis-bautzen.de/corona-pandemie-im-landkreis-bautzen.php>

Corona-Statistik Landkreis Bautzen

https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=1bMZYK_32xIQP_b-kkGdeBijXTmn-gkAt&ll=51.2527260461296%2C14.289679554517463&z=9

Sachsen will Maskenpflicht im Auto

<https://www.bild.de/regional/dresden/dresden-aktuell/sachsen-will-maskenpflicht-im-auto-75314458.bild.html>

Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“

Unbekannte klingeln und prügeln Seniorin (†83) tot

<https://polizei.news/2021/02/10/unbekannte-klingeln-und-pruegeln-seniorin-%e2%80%a083-tot-zeugenaufruf/>

„Seehofers Afghanen“ kehren nach Deutschland zurück

<https://snanews.de/20210211/seehofer-afghanen-deutschland-rueckkehr-865912.html>

Fakten in Bildern

Winter in Deutschland ist, wenn Kerosinpropeller aufsteigen um Chemie zu versprühen, damit die Ökopropeller wieder Laufen... 🙄



Achtung Satire!

.. ernste Dinge mit einem kleinen Augenzwinkern betrachtet, denn das Lachen lassen wir uns niemals verbieten!

**...tragischer Unfall
durch zu starkes
Niesen...**





Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Friedrichsstr. 9
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen